

Politischer Bericht No. 26/21.

=====

Berlin, den 30. April 1921.

P/Mg.

Handwritten: P. Motta
Handwritten: 3.5.21

Herr Bundesrat,

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes No. 47 möchte ich Ihnen noch etwas genaueren Bericht geben über die gestrigen Besprechungen mit dem Nunzius und den Parteiführern des deutschen Reichstages.

Während eines Nachmittagsempfanges beim italienischen Botschafter teilte mir der letztere mit, dass soeben aus Paris und zwar aus dortigen deutschen Kreisen die Meldung eingegangen sei, dass die Vereinigten Staaten das Angebot der deutschen Regierung als unannehmbar bezeichnet und ihre weitere Vermittlung abgelehnt hätten. Während der bezüglichen Besprechung mit dem Botschafter wurde mir telephonisch gemeldet, dass der Nunzius Paccelli bei mir sei und mich dringend zu sprechen wünsche. Ich begab mich natürlich sofort nach Hause und erfuhr durch den Nunzius, dass er am gestrigen Morgen hier in Berlin eingetroffen sei, um sich über die politische

An den

Chef des Eidgen. Politischen Departements,
Herrn Bundesrat M o t t a,

B e r n .



Lage zu unterrichten und mit der deutschen Regierung die möglichen Lösungen zu erörtern. Er war sofort nach seiner Ankunft beim Reichskanzler und beim Minister des Auswärtigen gewesen und kam direkt von der französischen Botschaft zu mir. Er erklärte mir aber ausdrücklich, dass er keinerlei Auftrag habe zu vermitteln, sondern dass es ihm nur darum zu tun sei, sich über die Gesamtlage zu unterrichten und hier mitzuteilen, was er speziell über die Verhältnisse in Bayern wisse. Er sagte mir auch, dass in den letzten Wochen wiederholt Besprechungen zwischen ihm und dem französischen Gesandten in München stattgefunden hätten, wobei sich als feststehend ergeben habe, dass die französische Regierung von einer Vermittlung unter keinen Umständen und in keiner Form etwas wissen wolle. Der Nunzius habe sich persönlich wiederholt anboten, zu tun was er könne, um die bestehenden Gegensätze zu überbrücken, aber es sei ihm stets darauf geantwortet worden, dass zur Zeit ein Weg nicht bestehe, der zu einer Verständigung führen könne. Dieser Standpunkt der französischen Regierung sei wohl auch für den Vatikan maßgebend gewesen, als er sich entschlossen habe, jeden weiteren Vermittlungsversuch zu unterlassen. Ich möchte betonen, dass ich die vorstehenden Mitteilungen des Nunzius natürlich nur ihrem Sinne nach wiedergebe und dass vielleicht die Gedanken, die in den Worten des Herrn Paccelli lagen, durch meinen vorstehenden Bericht etwas schärfer und deutlicher dargestellt sind, als sie in Wirklichkeit ausgesprochen wurden; der Sinn entspricht aber zweifellos demjenigen, was mir Herr Paccelli gesagt hat. Der Nunzius sieht die Lage als eine überaus ernste an und hatte auch aus seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen den Eindruck,

dass dort sozusagen keine Hoffnung mehr bestehe auf eine für Deutschland irgendwie annehmbare Lösung.

Auf Wunsch des italienischen Botschafters und des Nunzius habe ich für heute Nachmittag eine Begegnung dieser beiden Diplomaten in meinem Hause veranstaltet und nehme an, dass bei diesem Anlasse auch die allfällig noch bestehenden Möglichkeiten für einen Verständigungsversuch erörtert werden. Ich halte es aber, wie schon früher ausgesprochen, für gänzlich aussichtslos, dass durch irgend eine Vermittlungsaktion etwas positives erreicht werden könne und glaube im Gegenteil, dass jeder dahin zielende Versuch im gegenwärtigen Augenblick mehr schaden als nützen könne.

Abends besuchte mich eine Abordnung von Parteiführern der Fraktionen des Reichstages. Die Namen der Herren, die bei mir waren, nenne ich hier absichtlich nicht, weil dieser Besuch natürlich einen ganz privaten und vertraulichen Charakter gehabt hat. Die Herren stellten zunächst fest, dass bis zur Stunde irgendwelche amtliche Rückäusserung aus Washington nicht vorliege und dass daher die Mitteilung des italienischen Botschafters nicht zutreffe. Im übrigen sprachen sie mir von den fortwährenden Beratungen, die unter den Fraktionen und mit der Reichsregierung stattfinden und welche naturgemäß alle die Frage behandeln, ob noch etwas getan werden könne, um den Abbruch der Verhandlungen und den Eintritt der Sanktionen zu vermeiden. Die Herren wünschten von mir zu wissen, wie ich die Lage beurteile und ob ich dafür halte, dass eine Lösung gefunden werden könnte, wenn Deutschland in seinem Angebote noch weiter gehen würde. Wie ich Ihnen schon

telegraphisch meldete, hatte ich bei dieser langen Aussprache den sehr bestimmten Eindruck, dass die Herren, die mit mir sprachen, der inneren Lage in Deutschland keineswegs trauen und dass sie befürchten, der Widerstand des deutschen Volkes könnte nicht stark genug sein, um die angedrohten Strafmaßnahmen zu ertragen. Ich habe mich auf den Standpunkt gestellt, dass ein völliges Scheitern der Verhandlungen und das Eintreten der Sanktionen die unbedingte Gefahr eines völligen Zusammenbruches Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung in sich schließen würde und dass es aus diesem Grunde dringend geboten erscheine, in den Konzessionen soweit als irgend möglich zu gehen. Auf die Einwendung, dass Deutschland doch nicht Verpflichtungen übernehmen könne, deren Erfüllung nach allgemeiner Ansicht unmöglich sei, habe ich die Ansicht vertreten, dass zwischen den zwei Uebeln, der sofortigen Sanktionen mit ihren unabweislichen Folgen und der Uebernahme von Verpflichtungen, deren Erfüllung als unmöglich betrachtet werde, das letztere unbedingt das kleinere sei; denn die Möglichkeit sei doch nicht ausgeschlossen, dass die Leistungsfähigkeit Deutschlands grösser sei als man sie jetzt einschätze. Zudem bestehe doch eine gewisse Hoffnung, dass die Zeit die Gegensätze etwas ausgleichen und dadurch vernünftige und sachliche Verhandlungen über die weitere Ausführung der übernommenen Verpflichtungen ermöglichen werde. Die Herren schlossen sich zum Teil dieser Ueberlegung an, einzelne dagegen hielten an dem Standpunkte fest, dass durch die Uebernahme unerfüllbarer Verpflichtungen die Agonie Deutschlands nur verlängert und die Möglichkeit ihrer Ueberwindung verkleinert werde. Immerhin habe ich allgemein aus der Besprechung den Eindruck

gewonnen, dass der verzweifelte Ernst der Lage mehr und mehr erkannt wird und dass das ernste Bestreben besteht, zu einer Lösung zu kommen, welche Deutschland Opfer auferlegt, die bisher für gänzlich unerträglich gehalten wurden.

Die heutigen Blätter melden offiziös, dass Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Simons ihren Rücktritt erklärt hätten, dass sie aber im Amte bleiben werden bis zur Lösung der in Washington anhängig gemachten Vermittlungsfragen. Die Parteiführer, mit denen ich gestern sprach, waren der Meinung, dass der Reichspräsident und die Hauptparteien sich bemühen werden, Herrn Simons zu halten, selbst dann wenn das Kabinett Fehrenbach als solches zurücktreten werde, was beinahe sicher sei. Der Eindruck ist eben doch ein allgemeiner, dass die persönlichen Eigenschaften des jetzigen Ministers des Auswärtigen einens sehr positiver Faktor in dem Verhältnis Deutschlands zum Auslande bilde, auf den man in der jetzigen schwierigen Zeit nicht verzichten könne.

Aus einer telephonischen Besprechung, die ich soeben mit Herrn Staatsminister a.D. S c h i f f e r hatte, geht hervor, dass Simons tatsächlich sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat und den bestimmten Willen zu haben scheint, darauf zu bestehen. Herr Schiffer erklärte mir aber, dass vor einer Lösung der Washingtonerfrage von einem Rücktritt des Ministers sowie des Kabinetts überhaupt nicht die Rede sein könne und dass darüber alle Parteien einig seien. Wie sich die Verhältnisse gestalten werden nach Entscheidung der Verständigungsfrage lasse sich schlechterdings nicht voraussehen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Blumenthal